



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter  
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonntags. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Der Streik im Schriftgießereigewerbe beendet.

Die wiederholten Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums, vermittelnd in den schweren Konflikt im Schriftgießereigewerbe einzugreifen, haben nach 11wöchiger Streikhauer zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Die Vertreter der beiden Parteien konnten zwar wieder den Weg der Verständigung in freier Vereinbarung nicht finden, so daß das bereits in unserer vorigen Nummer angekündigte Schiedsgericht in Tätigkeit treten mußte. Nach langen und äußerst schwierigen Verhandlungen ist in der Nacht vom 19. zum 20. September der nachfolgende Schiedsspruch gefällt worden:

Abdruck zu III C 5003.

Berlin, den 19. September 1925.

Im Lohnstreit zwischen dem Verein deutscher Schriftgießereien e. V. in Leipzig und den Vereinen der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin, Dresden, Frankfurt am Main, Offenbach am Main, Hamburg, Leipzig, Stuttgart, vertreten durch die Zentral-Kommission der Schriftgießer Deutschlands, hat die Schiedskammer, die der auf Grund des Artikels I § 2 Abs. 1 Satz 2 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter gebildet hat, in ihrer Sitzung vom 19. September 1925 im Reichsarbeitsministerium, an der teilgenommen haben die Herren

Bauer vom Reichsarbeitsministerium als Schlichter,	
Schriftgießereibefehl Ludwig	als Beisitzer auf
Direktor Karl Graumann	Arbeitgeberseite,
Verbandsvorsitzender Seuß	als Beisitzer auf
Verbandsvorsitzender Buder	Arbeitnehmerseite,

folgender

### Schiedsspruch

gefällt:

1. a) Der Spitzenlohn für einen gelernten Arbeiter über 24 Jahre beträgt ab 23. September 1925 49,44 Mk. wöchentlich, d. h. 1,03 Mk. arbeitsunfähig. Die Lohnsätze für die übrigen Klassen erhöhen sich entsprechend.
- b) Für die Stillohnarbeiter wird vom 23. September 1925 ab die Grundgebühr für die höchste Altersklasse wöchentlich um 4,32 Mk., für die übrigen Klassen entsprechend erhöht.
2. Für die Arbeitnehmer, die noch Anspruch auf Urlaub haben, wird der Urlaub entgegen den tariflichen Bestimmungen ausnahmsweise abgelehnt, und zwar in Höhe von 50 Proz. des dem einzelnen zustehenden Urlaubsgeldes. Dieser Betrag ist je zur Hälfte am ersten und zweiten Lohnzahlungstage nach der Arbeitsaufnahme des einzelnen zu zahlen.
3. a) Bei den Betrieben oder Betriebsabteilungen, die neue Arbeitskräfte bisher nicht eingestellt haben, werden alle früheren Arbeitskräfte am 23. September 1925 wieder eingestellt.
- b) Bei den übrigen Betrieben oder Betriebsabteilungen wird die Arbeit so schnell und so weit wieder aufgenommen, wie dies die betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse irgend gestatten. Die Wiedereinstellung soll möglichst am 23. September 1925 beginnen und spätestens bis 21. Oktober 1925 beendet sein. — Für die bis zum letztgenannten Zeitpunkt Wiedereingestellten gelten die Urlaubsgehaltsbestimmungen unter 2. dieses Schiedsspruchs.

Maßregelungen aus Anlaß der Arbeitsunterbrechung dürfen nicht vorgenommen werden. Die Durchführung der Wiederaufnahme der Arbeit und des Eingangsbringens der Betriebe hat in entgegenkommender, auf spätere reibungslose Zusammenarbeit abzielende Weise zu erfolgen.

Das Arbeitsverhältnis der Wiedereingestellten gilt als nicht unterbrochen.

Mit der Beilegung etwaiger Streitigkeiten zwischen einzelnen früheren Arbeitnehmern und Arbeitgeber über die Frage, ob eine Maßregelung vorliegt, werden die örtlichen Tarifschiedsgerichte als Sonberschiedsgerichte beauftragt. Zur Leitung haben die örtlichen Tarifparteien einen unparteiischen Vorsitzenden zu wählen; sollten sie sich über die Person des unparteiischen Vorsitzenden nicht einigen, so ist der örtlich zuständige Schlichter um Bestellung des Vorsitzenden zu bitten.

Die Sonberschiedsgerichte können von dem einzelnen früheren Arbeitnehmer oder Arbeitgeber nur bis zum 4. November 1925 einschlägig angerufen werden. Sie entscheiden für den Fall, daß eine Einlegung nicht zu erfolgen ist, möglichst binnen 8 Tagen nach Ablauf über die bezeichneten Streitfälle endgültig und bindend. Die gegen eine Firma

eingebachten Beschwerden sind von den Sonberschiedsgerichten aufzunehmen zu behandeln.

4. Bei Bedarf an Arbeitskräften sind in erster Reihe die vor der Arbeitsunterbrechung beschäftigt gewesen Arbeitskräfte gleicher Art zu berücksichtigen. Hierbei haben Arbeitskräfte, die aus Anlaß des derzeitigen Streiks gerichtlich rechtsgültig bestraft worden sind, oder gegen die ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft noch schwebt, keinen zwingenden Anspruch auf Wiedereinstellung.
5. Die vorstehenden Regelungen gelten bis 31. Dezember 1925, soweit nicht andere Fristen vorgehoben sind.

Der Schlichter.

gez.: Bauer.

Frist für die Erklärung der Parteien untereinander und mir gegenüber Dienstag, den 22. September 1925, mittags 12 Uhr.

Der Schlichter.

gez.: Bauer.

Wie meist bei allen Schiedssprüchen löst auch dieser bei beiden Parteien keine volle Befriedigung aus. Immerhin bildete er die Grundlage für beide Seiten, zu erwägen, ob unter diesen Bedingungen der Kampf abgebrochen werden kann oder ob die Möglichkeit besteht, bei einer weiteren Fortsetzung des Kampfes die eine oder andere Partei zu einer völligen Niederlage zu bringen. Der durch 11 Wochen hindurch mit aller Fähigkeit geführte Streit hat schließlich den Beweis erbracht, daß sich hier zwei ebenbürtige Gegner gegenüberstanden, die sich gegenseitig nicht niederringen konnten. Deshalb war es für sie beiderseits geboten, auf die Plattform dieses Schiedsspruches zu treten und den verheerenden Kampf abzubrechen. Die Unternehmer haben bis zum letzten Augenblick jedes Entgegenkommen auf dem Lohngebiete abgelehnt und sind nun doch zur Ueberzeugung gekommen, daß sie die ihnen durch den Spruch auferlegte 10prozentige Lohnerhöhung tragen müssen. Auch in bezug auf die Ferienentschädigung ist für einen großen Teil der Arbeiterschaft ein materieller Erfolg erzielt worden. Auf der andern Seite mußte die Forderung der reiflosen Wiedereinstellung, insbesondere der in den Lebensbetrieben der Schriftgießereien Beschäftigten, durch den Spruch aufgegeben werden. Beide Parteien haben unter dem Eindruck der durch den langen Kampf eingetretenen schweren Schädigungen den Spruch angenommen. Es gibt keine Sieger und keine Besiegten. Insbesondere kann die Arbeiterschaft mit Stolz auf die Kampfsitz zurückschauen und die Arbeit in ungebrochener Kraft wieder beginnen. Die beteiligten Organisationen haben die Mittel zur Kampfführung über das normale Maß hinaus aufgebracht und sie würden in dieser Beziehung noch mehr zu leisten imstande sein, wenn es die Notwendigkeit gebieten würde. Da es aber nicht zum vollkommenen Verbluten kommen darf, haben die Streikenden sich mit dem Teilerfolg begnügt und mit der Annahme des Spruches den Konflikt beendet. Wir werden auf den Verlauf des Kampfes und die daraus zu ziehenden Lehren noch zurückkommen. Für heute wollen wir den Wunsch und den Appell an beide Teile richten, für die glatte Durchführung der Arbeitsaufnahme zu sorgen und zu vermeiden, daß durch irgendwelche Reibungen neuer Rindstoss geschaffen wird. Unsere Kollegenchaft, die den Wert der Organisation in dieser schweren Zeit so recht erkannt hat, wird nun erst recht alles daran zu setzen haben, daß das Errungene festgehalten wird und durch ihre Treue zum Verband weitere Erfolge erreicht werden können.

## Die Beschlüsse des zwölften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands.

I.

### Einschließung zur Lohnfrage.

Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfolgte Lohnpolitik führt andauernd zu umfangreichen Lohnkämpfen, die die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Löhne des weitaus größten Teiles der deutschen Arbeitnehmer erreichen bei weitem nicht den Realwert der Vorkriegslöhne. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von den Reichstagsmehrheit jetzt beschlossenen Zoll- und Steuererhöhungen tritt eine weitere allgemeine Preiserhöhung ein, die durch die Erhöhung der Wohnungsmieten noch verschärft wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naher Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden.

Die Unternehmer verjagen, den von ihnen systematisch durchgeführten Lohndruck als eine sich zwingend aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unausweichliche Konsequenz zu rechtfertigen. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, provozieren die Unternehmer Lohnkämpfe, deren Ziel ist, durch niedrige Löhne die Kon-

kurrenzfähigkeit deutscher Waren aus dem Auslandsmarkt zurückzugewinnen. In Verteidigung ihrer verhängnisvollen Lohnpolitik tragen sie unter truppelbarer Beeinflussung der Regierung und der Öffentlichkeit die Gewerkschaften an, in einseitiger Interessensvertretung durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation entgegenzutreiben.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Einwänden der Unternehmer das rücksichtslose Streben, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten. Er erklärt, daß die Fehler und Veräumnisse, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendige und arbeitsbereite Volkskraft, die in der Arbeiterschaft zur Entfaltung drängt. Unter voller Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten gibt der Kongress dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren ungezählte Opfer auf sich genommen hat, eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und nützlich für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongress ermutigt die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterschaft an allen Kulturwerten des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereint werden.

### Einschließung zur Arbeitszeit.

Seit dem im November 1918 mit Zustimmung der Arbeitgeber durchgeführten Achtstundentag durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 der gesetzliche Boden entzogen wurde, tobt ununterbrochen in der deutschen Wirtschaft der Kampf um die Arbeitszeit. Unter Bruch des von ihnen unterschriebenen Abkommens vom 15. November 1918 haben nach Aufhebung der Demobilisierungsverordnung die Arbeitgeberverbände fast überall eine rein mechanische Verlängerung der Arbeitszeit betrieben mit dem Vorwand, daß die Mehrarbeit Voraussetzung zur Gesundung der deutschen Wirtschaft sei.

Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß durch erzwingene Arbeitszeitverlängerung die Produktivität nicht gesteigert worden ist, weil die Arbeitsintensität nicht steigt mit der verlängerten Arbeitszeit. Das ist durch wissenschaftliche Feststellungen erhärtet, die im Gegenteil nachweisen, daß der günstige Leistungseffekt bei verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auch in kontinuierlichen Betrieben durch Einführung des Dreischichtensystems, zu erzielen war.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands steht nach wie vor fest zu dem alten sozialpolitischen Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden ist die erste Voraussetzung für die Hebung der kulturellen und gesundheitlichen Lage der Arbeiter.

Der Kongress stellt daher mit Befriedigung fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für mindestens die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag zu erhalten oder zurückzugewinnen. Er bekräftigt den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihn auch in den Betrieben wiederzuerlangen, in denen er zurzeit noch überschritten wird. Da auf die Einsicht der Arbeitgeber, deren Forderung nach verlängerter Arbeitszeit nur ihren machtpolitischen Bestrebungen und ihrer Egoismus gegen eine freie Entwicklung der Arbeiterklasse entspringt, nicht zu rechnen ist, fordert der Kongress von der Reichsregierung und dem Reichstag ein beschleunigtes Arbeitszeitgesetz, das die Sicherung des Achtstundentages für die Arbeitnehmer wiederherstellt.

Der Kongress kann leider auf Grund des bisherigen Verhaltens der Regierung von diesem Appell keinen entscheidenden Erfolg erhoffen. Indem der Kongress den Bundesvorstand beauftragt, seine Anstrengungen zur Herbeiführung einer gezielten Festlegung des Achtstundentages zu verstärken, gegebenenfalls unter Anwendung des Volksentscheides, fordert er zugleich die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft auf, in ihrem Kampf um die tarifvertragliche Festlegung des Achtstundentages nicht nachzulassen, sondern ihn ungeschwächt mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln bis zum endgültigen Siege fortzuführen. Nur eine geschlossene Front der Arbeiterschaft kann den erblichen und beständigen Sieg des Achtstundentages verbürgen.

### Einschließung zur Frage der Betriebsräte.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt erneut die Beschlüsse über die Aufgaben der Betriebsräte und ihre Unterstützung durch die Gewerkschaften, die der Gewerkschaftskongress in Leipzig 1922 gefaßt hat. Er stellt mit Befriedigung fest, daß die große Mehrheit der Betriebsräte ihre Tätigkeit im Sinne dieser Beschlüsse ausübt. Die Betriebsräte haben sich innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung bewährt. Es ist

die Pflicht der Gewerkschaften und aller Gewerkschaftsmitglieder, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weiterhin alle Hilfe zu gewähren.

Das Mitbestimmungsrecht kann erfolgreich nur von den Gewerkschaften gewahrt werden. Es ist ein wichtiger Teil der Arbeiterrechte und muß tariflich und gesetzlich weiter ausgebaut werden. Die angestrengten Bemühungen der Unternehmer, die Betriebsräte den Gewerkschaften zu entfremden sowie durch Werksvereinsbesitz und Betriebsvereinbarungen die Gewerkschaften bei der Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschalten, sind gegen das Mitbestimmungsrecht gerichtet und müssen nach wie vor von der gesamten Arbeiterkraft abgelehnt werden.

Der Kongress hält mit Entschiedenheit an dem Grundsatz fest, daß als Träger des kollektiven Arbeitsrechts auf Arbeiterseite allein die Gewerkschaften in Frage kommen. Er erklärt, daß jeder Versuch, in dem zukünftigen Tarifvertragsgeheim auch Betriebsvereinbarungen als Tarifverträge anzuerkennen, von den Gewerkschaften aufs äußerste bekämpft und unbedingt abgelehnt werden wird.

#### Entschliebung zur Technischen Nothilfe.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Leipzig und fordert erneut die Auflösung der Technischen Nothilfe. In allen Berufen werden bei Streiks die erforderlichen Notarbeiten entsprechend den gewerkschaftlichen Satzungen und Anweisungen verrichtet. Gerade die völlig unzureichende Einsetzung der Technischen Nothilfe hat bei manchem Streik in der jüngsten Vergangenheit vermeidbare Schwierigkeiten und Schäden herbeigeführt.

Trotzdem die Technische Nothilfe bei ihrer Gründung nur als eine vorübergehende Notmaßnahme bezeichnet wurde, verlangte die Reichsregierung auch in diesem Jahre noch erhöhte Etatmittel zum Ausbau und zur Fortführung dieser gegen die Interessen der Arbeiter gerichteten Organisation. Der Kongress fordert vom Reichstag, daß entsprechend dem Antrag der Gewerkschaften aller Richtungen die Auflösung der Technischen Nothilfe und ähnlicher Einrichtungen unverzüglich vorbereitet wird. Da der völlig unbegründeten Herausgabe von Reichsmitteln für die Technische Nothilfe die Tariffrage gegenübersteht, daß andere notwendige Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke immer wieder mit dem Hinweis auf die finanzielle Notlage des Reiches abgelehnt worden sind, ist diese Forderung der Gewerkschaften um so mehr begründet.

#### Entschliebung zur Wohnungsfrage.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der Bundesvorstand in Verfolgung der Beschlüsse des Leipziger Kongresses im Jahre 1922 die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen durch die Gründung der Deutschen Wohnungsfürsorge-Attikengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Demog) nachdrücklich gefördert und die Interessen des wertvollen Volkes an gesunden und preiswerten Wohnungen gegenüber den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden wahrgenommen hat.

Im Hinblick auf die gerade in den letzten Monaten ständig wachsenden Forderungen der Vertreter des privaten Haus- und Bauplatzials erklärt der Kongress von neuem, daß die Wohnungsnot und das Wohnungsleiden nicht auf privatrechtlichem, sondern nur auf gemeinwirtschaftlichem Wege beseitigt werden können. Die von den Regierenden des Reiches, der Länder und vieler Gemeinden geforderte privatrechtliche Bautätigkeit hat die Wohnungsnot nicht gelindert, sondern vielmehr durch eine gewalttätige Abschnürung der gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit noch vermehrt. Mehr als eine Million deutscher Staatsbürger warten heute noch auf die in der Reichsverfassung versprochene gesunde Wohn- und Wirtschaftseinheit; und mehr als 10 Millionen Familien sehen sich von einer Mietsteigerung bedroht, die nicht nur jeden Haushalt unfähig befähigen muß, sondern auch die Konkurrenz der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt aufs schärfste bedroht.

Der Kongress sieht sich daher veranlaßt, schärfsten Protest einzulegen:

Gegen die aller sozialen Gerechtigkeit spottende Durchführung der Hauszinssteuer und ihre Verwendung für andere Zwecke als zur Beseitigung der Wohnungsnot.

Gegen die wirtschaftsfeindliche und die Existenz des arbeitenden Volkes aufs schärfste bedrohende Erhöhung der Mieten zugunsten des privaten Hausbesitzes und rein fiskalischer Zwecke.

Gegen die Beseitigung des Mieterkurses und der gebundenen Wirtschaft im Wohnungswesen.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die von ihm bisher verfolgte Interessenerrettung der Arbeiterkraft zugunsten einer sozialen Wohnungswirtschaft mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln weiter fortzusetzen. Er ruft alle Organe der Gewerkschaften und die Mitglieder auf, im Sinne einer praktischen Förderung der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen und Bauwesen tätig zu sein.

Der Kongress begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand die gemeinsamen Interessen aller Gewerkschaften in der Wohnungswirtschaft auf dem Wege der Selbsthilfe zu fördern bemüht war, und empfiehlt allen Verbänden und Ortsvereinsstellen, diese Selbsthilfe in der Wohnungswirtschaft durch den Ausbau bestehender und durch die Gründung neuer Wohnungsfürsorgegesellschaften und gewerkschaftlich kontrollierter Baugenossenschaften weiter auszubauen. Die Deutsche Wohnungsfürsorge-A.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Demog) ist als Zentralstelle gewerkschaftlicher Wohnungsfürsorge anzuerkennen und nach Möglichkeit zu fördern.

#### Entschliebung zur Heimarbeits.

Die letzte Heimarbeitsausstellung hat bewiesen, daß auch heute noch Heimarbeitsverhältnisse Enderarbeit ist, daß immer noch zahlreich Arbeitskräfte in engerer Arbeitszeit in der Heimarbeitsform abmühen und doch nicht einmal so viel verdienen, um sich und ihre Familien sattmachen zu können.

Die Heimarbeitsausstellung hat ferner gezeigt, daß zwar durch die zunehmenden gewerkschaftlichen Organisationen, manchmal auch mit Hilfe der auf Grund des Hausarbeitsgesetzes gebildeten Fachvereine verhältnismäßig günstige Wohnverhältnisse mit verbindlicher Kraft für die Heimarbeits geschaffen worden sind, daß aber in zahlreichen Fällen trotzdem erheblich niedrigere Löhne gezahlt werden, und daß nur selten in der Heimarbeitsform Arbeitskräfte es wagen, die tarifliche Bezahlung zu verlangen und sie einzufordern.

Die Ursache hierfür ist die ungeheuer große Konkurrenz unorganisierter Arbeitskräfte in der Heimarbeitsform, deren Mehrzahl verheiratete Frauen bilden, die Heimarbeitsform als willkommene Füllarbeit ausüben, und sich deshalb mit geringem Verdienst begnügen als diejenigen Frauen und Männer, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder allein durch Heimarbeitsform erwerben müssen.

Unter den unorganisierten Heimarbeiterinnen, die diese Schmutzarbeiten betreiben, sind viele Frauen und Töchter organisierter Arbeiter, die sich durch ihre Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation die Pflicht anerkennen, an dem Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.

Alle Gewerkschaften fordern von ihren Mitgliedern die Ausbreitung des Solidaritätsgedankens in den Kreisen ihrer Arbeits- und Massenorgane als eine moralische Pflicht. Diese Verpflichtung schließt auch das Wirken für den Solidaritätsgedanken in der eigenen Familie ein, wie es frühere Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse schon wiederholt zum Ausdruck gebracht haben.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erneuert diese früheren Beschlüsse und fordert alle Mitglieder der Gewerkschaften auf, in Zukunft mehr als bisher dahin zu wirken, daß ihre Frauen und weiblichen Familienangehörigen, die Heimarbeitsform verrichten, sich für ihren Berufsstand in der eigenen Gewerkschaft anschließen und die von der Gewerkschaft abgeschlossenen Lohnabkommen unbedingt einhalten.

#### Entschliebung zur Frage der Berufsschulen.

Die Gewerkschaften erkennen die Berufsschule als eine unbedingt notwendige Bildungstätte für die heranwachsende Jugend an. Um die schulentlassene Jugend zur Arbeit im Beruf, im Staat und in der Gesellschaft erziehen zu können, wie es ihre Aufgabe ist, muß die Berufsschule mehr als bisher neuzeitliche Lehrweisen und Lehrmittel zur Anwendung bringen. Dies sowie die gebotene Rücksichtnahme auf die geistigen und seelischen Eigenarten der im schwersten Lebensabschnitt sich befindenden Jugendlichen lassen eine sorgfältige besondere Auswahl der Lehrkräfte erforderlich erscheinen. Ihnen muß weitest möglichste Gelegenheit zur eigenen Weiterbildung geboten werden. Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands kann aber die Forderung, das vollendete Hochschulstudium zur Voraussetzung für die Lehrtätigkeit zu machen, nicht als berechtigt ansehen. Es muß auch tüchtigen Kräften aus der praktischen Berufsarbeit der Weg zur vollberechtigten Lehrtätigkeit an Berufsschulen offen bleiben.

Dem Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde soll genügend Raum gewährt werden; bisher mußte jedoch festgehalten werden, daß hierbei die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation sowie der neuen arbeitserzieherischen Verhältnisse (Betriebsräte, Kollektivverträge usw.) noch nicht die verdiente Würdigung findet. Wo die Lehrkräfte für diese Anforderungen nicht ausreichen, müssen geeignete Personen (Gewerkschaftsführer, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsinspektoren) mit herangezogen werden.

Die Erteilung von Religionsunterricht, auch die mögliche, ist nicht Aufgabe der Berufsschule.

Die wiederholten Versuche von Unternehmervereinigungen, den Wirkungsbereich der Berufsschule einzuziehen, z. B. durch die Forderung des Abendunterrichts und der Herabsetzung der Ausgaben, würden, wenn sie Erfolg hätten, die Unterrichtserfolge stark beeinträchtigen. Die politischen Gewerkschaftseinstellungen werden deshalb aufgeföhrt, gegen solche Vorstöße ganz entschieden, möglichst gemeinsam mit der Berufsschullehrerschaft Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften halten nicht einen Abzug, sondern einen weitgehenden Ausbau der Berufsschule für eine volkswirtschaftliche und sozialpädagogische Notwendigkeit. Sie fordern deshalb die reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulwesens und unterstützen den Entwurf eines Reichsbildungsgesetzes, der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits im Februar 1925 eingebracht wurde.

#### Entschliebung zum Berufsausbildungsgesetz.

Der im Sommer 1923 fertiggestellte Referentenentwurf eines Berufsausbildungsgesetzes stellt gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung des Lehrlingswesens einen gewissen Fortschritt dar. Er gibt der Arbeiterkraft die seit langem geforderte Möglichkeit zur Mitwirkung, räumt jedoch dem Handwerk in einzelnen Fällen wieder eine Vorzugsstellung ein. Diese Sonderbehandlung entspricht nicht den wirtschaftlichen Erfordernissen und auch nicht dem Grundsatz der Gleichberechtigung.

Es ist weiter ein Mangel des Entwurfs, daß die Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifverträge oder besondere Lehrlingsordnungen keine Würdigung gefunden hat.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert, daß die bereits in den Beratungen erhobenen Forderungen der Gewerkschaften von der Regierung bei der Fertigstellung des endgültigen Entwurfs berücksichtigt werden. Er erwartet weiter, daß der Entwurf nunmehr beschleunigt dem Reichstage vorgelegt und zur Verabschiedung gebracht wird.

#### Entschliebung zur Genossenschaftsbewegung.

Eine wertvolle Ergänzung des gewerkschaftlichen Kampfes um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter ist die Konsumgenossenschaftsbewegung, denn sie fördert die Erhaltung der Kaufkraft des Arbeiterlohnes.

Die Konsumgenossenschaften sind berufen, gute, unverfälschte und vollwertige Waren zu möglichen Preisen zu vertreiben. Der Betriebsüberblick bereichert keinen Privatunternehmer, sondern wird zur Stärkung und Entwicklung des Betriebes verwendet und teilweise an die Mitglieder zurückvergütet.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine betreibt zurzeit 12 Zentrallager in allen Teilen Deutschlands und etwa 30 Fabriken zur Herstellung von Waren für den täglichen Bedarf, die unter dem Namen „G.C.E. Artikel“ in allen Konsumgenossenschaftlichen Verteilungsstellen zu kaufen sind. Auch die Großeinkaufsgesellschaft arbeitet nach denselben Grundsätzen wie die Konsumgenossenschaften. Eine gemeinschaftliche Gründung der Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volks- und Lebensversicherungs-Attikengesellschaft „Volksfürsorge“. Deren Schwesterorganisation ist die neu errichtete Feuer- und Sachversicherungs-Attikengesellschaft „Selbsthilfe“.

Das Eigentumsrecht an allen diesen Unternehmungen haben die breiten Massen der Mitglieder. Durch die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung und deren angeschlossenen und vernetzten Organisationen wird die Gemeinwirtschaft gefördert und ein erfreulicher Schritt zu dem Ziel getan, das sich die Arbeiterbewegung gesetzt hat.

Die von den Konsumgenossenschaften verteilte Rückvergütung ermöglicht es den Arbeiterfamilien, Rücklagen anzulegen, die einen wertvollen Notfonds in Zeiten der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und auch der gewerkschaftlichen Kämpfe bilden.

Es liegt daher im wohlverstandenen Interesse aller Arbeiter und Minderbemittelten und deren Hausfrauen, sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen und ihren gesamten Warenbedarf in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zu decken sowie ihre Versicherungen nur bei der „Volksfürsorge“ und der „Selbsthilfe“ abzuschließen.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert alle Gewerkschaftsmitglieder und deren Frauen auf, die Förderung und Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung und der genannten Versicherungsgesellschaften sich aufs eifrigste angelegen sein zu lassen und in der Betätigung genossenschaftlicher Treue allen Volkstreuen vorbildlich zu sein.

#### Antrag betreffend die Mitgliedschaft der G.C.E. und der Genossenschaftsbetriebe in Arbeitsgeberverbänden.

Der Bundesvorstand bzw. Ausschuss wird beauftragt, alsbald mit der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Verhandlungen einzutreten, um zu veranlassen, daß alle Produktionsbetriebe der G.C.E. auch diejenigen, an denen die G.C.E. hervorragend beteiligt ist, aus den Arbeitgeberverbänden austreten.

#### Entschliebung zur „Volksfürsorge“.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht über die Entwicklung der Volksfürsorge. Er spricht seine Genehmigung darüber aus, daß es der Volksfürsorge gelungen ist, die ungeheuren Schmierigkeiten der verheerenden Inflation zu überwinden, insbesondere auch darüber, daß es der Volksfürsorge möglich war, den Versicherungsbeitrag bis zur Umstellung auf wertbeständige Basis aufrechtzuerhalten. Die in dem Jahre nach der Umstellung gewährten gewaltigen Leistungen an die Hinterbliebenen der in dieser Zeit Verstorbenen sind von nicht zu unterschätzender sozialer Bedeutung. Als eine sehr wertvolle Hilfe auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaus sind die von der Volksfürsorge an die in Betracht kommenden Organisationen gegebenen hypothetischen Darlehen zu betrachten.

Der Gewerkschaftskongress verweist auf seine früheren Beschlüsse und fordert die Gewerkschaftsmitglieder auf, der Lebensversicherung die allgrößte Bedeutung zu schenken und Versicherungen auf Todes- oder Lebens- und Erbschaft nur bei der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten Volksfürsorge abzuschließen. Eine Beteiligung an Gründungen von Versicherungseinrichtungen irgendwelcher Art, die lediglich „als Mittel zum Zweck“ dienen sollen, ist auf das entschiedenste abzulehnen. Die Versicherung soll und darf nur Selbstzweck sein, wenn die ihr eigene soziale Bedeutung voll zur Auswirkung kommen soll.

In Ausführung dieses sowie der früheren Beschlüsse fordert der Kongress die Gewerkschaften zur tätigen Mitarbeit für die Volksfürsorge auf.

#### Entschliebung betreffend die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nimmt mit Freude Kenntnis von der günstigen Entwicklung, die die zufolge des Beschlusses des 11. Kongresses gegründete Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G. bislang genommen hat. Er setzt als selbstverständliches voraus, daß die Bank auch weiterhin und in stets wachsender Weise im Interesse der Gewerkschaften und ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen tätig sein wird. Um sie dazu instand zu setzen, empfiehlt er allen Gewerkschaftsverbänden sowie deren örtlichen Verwaltungen, sowie Einzelmitgliedern, die Einrichtungen der Bank für ihre bankmäßigen Geschäfte zu benutzen. An die Mitglieder richtet er insbesondere die Mahnung, von den neuen Einrichtungen der Bank für den Sparverkehr möglichst reichlich Gebrauch zu machen.

### Neue Aufgaben der Frauen.

Von J. C h e r e n a r d, Mitglied des Internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenrates.

(I.G.B.) Unser vielfältiges und ungemein kompliziertes Wirtschaftsleben fordert eine methodische Organisation aller in Industrie, Handel und Landwirtschaft tätigen Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts. In diesem Sinne gruppieren auch die dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angeschlossenen Bundeszentralen in ihren beruflichen Organisationen die Arbeiter beiderlei Geschlechts.

Die Allgemeingültigkeit dieser Auffassung schließt gleichwohl nicht aus, daß es Forderungen gibt, die wesentlich für das weibliche Geschlecht in Betracht kommen und spezielle Seiten des Frauenlebens betreffen, wie Mutterchutz und Kinderfürsorge.

Daß auch die Internationale diesen Erfordernissen Verständnis entgegenbringt, dafür zeugt der vom Wiener Kongress von 1924 einstimmig gefasste Beschluß auf Errichtung eines internationalen Frauenkomitees, das mit dem Studium spezifischer Frauenforderungen und der beruflichen Organisation der Arbeiterinnen beauftragt wurde.

Es ist jedoch an der Zeit, daß wir die uns übertragene Arbeit in die Hand nehmen, um so mehr, als das Schicksal der Arbeiterinnen mehr als je unser Interesse erfordert, seit der Krieg die Frauen allüberall mit brutaler Faust vom Herd und der Familie gerissen und die infolge der industriellen Entwicklung schon längst brüchige Tradition zermürbt hat, wonach der „häusliche Herd“ als unantastbare Institution zu gelten hat.

Alle Zeichen sprechen dafür, daß diese Lage keine vorübergehende ist. Denn die Frau ist, seit der Krieg Millionen von Männern hinweggerafft hat, mehr als je gezwungen, sei es für den eigenen Unterhalt, sei es als Ernährerin ihrer Familie, in der Fabrik, im Geschäft, in der Bureauarbeit ihr Brot zu suchen. Diese Sachlage wird noch durch den Umstand verstärkt, daß die Maschine mehr und mehr die menschliche Arbeitskraft ersetzt und die Frau in Industrien



**Ausgang findet, die ihr bisher verschlossen waren.** Der Fortschritt des Maschinenbaus wirkt selbst die Oekonomie wesentlicher weiblicher Berufe über den Hausen wie z. B. die der Bekleidungsindustrie, wo heute eine einzige Maschine eine Arbeit leistet, für die früher zehn Hände nötig waren. Alles dies hat auch eine Rückwirkung auf die Heimarbeit, die von einer Krise betroffen wurde, die neue Gruppen von Frauen zwingt, ihren Lebensunterhalt außerhalb des Hauses zu verdienen.

Wie man sieht, erfordert diese Lage die größte Aufmerksamkeit seitens der Frauen selbst, da sie Probleme einschleift, die an das Schicksal der künftigen Menschheit, an das Problem der heranwachsenden Generation rühren. Was kann aus dem heranwachsenden Geschlecht werden, was ist unter den oben geschilderten Bedingungen das Los des Kindes, das aus seiner natürlichen Umgebung herausgerissen wurde? Diese Verhältnisse scheinen sich in allen Ländern auffallend zu gleichen. Die Erziehung des Kindes durch die Mutter ist aber die Grundlage der sozialen Reuegung. Aus dieser Situation mit ihrem gefährlichen Dilemma muß ein Ausweg gefunden werden: Sie erfordert die sofortige Durchführung eines Programms, das sich wie folgt festlegen läßt:

1. Untersuchung des Einflusses und Fortschrittes des Maschinenbaus und dessen Wirkung auf die berufliche Tätigkeit der Frau.
2. Untersuchung der Lebensverhältnisse des Kindes im Zusammenhang mit der weiblichen Berufstätigkeit.
3. Propaganda für eine neue Mutter- und Kinderschutzgesetzgebung, die im Einklang steht mit den sozialen Auswirkungen der Berufstätigkeit der Frauen.
4. Die besten Mittel ausfindig zu machen, um die Frauen zu veranlassen, sich für ihr eigenes Leben wie das Leben des Kindes betreffenden Fragen zu interessieren und sich mit ihnen näher zu befassen und auf ihre Einbeziehung in die Gewerkschaftsorganisation hinzuwirken.

## Neuerungen in der Unfallversicherung.

Durch das Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 hat sich für die Versicherten manderlei geändert, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden sind. Die wesentlichen Neuerungen seien aus dem außerordentlich umfangreichen Rechtsstoff in aller Kürze hervorgehoben:

Der Weg von und nach der Arbeitsstätte gilt als „Beschäftigung“ im Betriebe, so daß künftig die einem Versicherten auf dem Arbeitsweg etwa zutreffenden Unfälle als „Betriebsunfälle“ gelten und zu entschädigen sind.

Die Versicherungsträger haben dem Verletzten eine besondere „Berufsfürsorge“ anzubieten zu lassen. Diese umfaßt neben beruflicher Ausbildung „Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle“. Hierbei ist bestimmt, daß eine Weigerung, sich der Berufsfürsorge zu unterziehen, kein Grund zur Herabsetzung der Rente ist.

Bei schweren Unfallfolgen ist eine weitgehende besondere Pflege zu gewähren, die auch durch Zahlung eines Pflegegeldes von 20 bis 75 Mark monatlich abzulösen ist.

Kindergulden sind den Schwerverletzten (Erwerbsminderung mindestens 50 Prozent) zu ihrer Rente für jedes Kind (auch unehelichen usw.) zu gewähren. Die Leistungsdauer, die allgemein bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres geht, verlängert sich bei Kindern, die außerstande sind, sich zu unterhalten, sowie im Falle der Berufsausbildung der Kinder.

In Wegfall gekommen ist jene von den Verletzten stets als eine besondere Härte empfundene Bestimmung, nach der bei Berechnung der Rente der einen gewissen Betrag (zuletzt 1800 Mark) übersteigende Teil des Jahresarbeitsverdienstes nur zu einem Drittel berücksichtigt wurde.

Bei den Hinterbliebenen bekommt der von der getöteten Ehefrau aus deren Arbeitsverdienst unterhaltene Witwer zwei statt eines Fünftels des Jahresarbeitsverdienstes; die Witwe bekommt ebenfalls zwei Fünftel, wenn sie mindestens die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren hat, jedoch nur, wenn die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit länger als drei Monate bestanden hat.

Erweitert ist der Kreis der für den Bezug von Kindergulden Berechtigten auf die für ehelich erklärten und an Kindes Statt angenommenen Kinder sowie auf Stiefkinder. Erhöht ist der für Hinterbliebenenrenten zuzulassige Gesamtbetrag von drei auf vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes.

Neu eingeführt ist eine „Witwenbeihilfe“ an die Witwe eines Schwerverletzten, die keinen Anspruch auf Witwenrente hat, weil der Tod nicht die Folge eines Unfalles ist. Sie besteht in einer einmaligen Zahlung von zwei Fünfteln des Jahresarbeitsverdienstes.

Ueber die „Abfindungen“ heißt es: „Sind seit dem Unfall zwei Jahre vergangen und beträgt die Rente des Verletzten nicht mehr als ein Zehntel der Vollrente, so kann ihn die Genossenschaft durch Gewährung des dreifachen Betrages seiner Jahresrente abfinden. — Beträgt im übrigen die Rente eines Verletzten nicht mehr als ein Viertel der Vollrente, so kann ihm die Genossenschaft mit seiner Zustimmung durch Gewährung eines dem Werte seiner Jahresrente entsprechenden Kapitals abfinden. — Durch die Abfindung wird der Anspruch auf Krankenbehandlung und Berufsfürsorge . . . nicht berührt.“

Bei Verschlimmerung der Unfallfolgen ist wiederum Rente zu gewähren.

Der Rechtsmittelsweg ist insofern erweitert, als der Rekurs gegen die Urteile der Spruchkammern der Oberversicherungsämter auch zulässig ist bei Streit über den Grad der Erwerbsminderung.

Am allerwichtigsten ist, daß alle bisher festgesetzten Renten neu festzustellen sind. Hat sich der Unfall vor dem 1. Juli 1914 ereignet, so gilt als Reichtumsbeitrag des Jahresarbeitsverdienstes der nach den bisherigen Vorschriften in Markwährung berechnete Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, vervielfacht mit einer „Aufwertungszeit“, die der seit dem Unfälle eingetretenen Minderung der Kaufkraft der Reichsmark in etwa Rechnung trägt. Die Vervielfachungszahl beträgt 1,05 bei Unfällen, die sich in den Jahren 1885 bis 1890 ereignet haben, und vermindert sich in sieben Abstufungen auf 1,0 bei Unfällen aus den Jahren 1910 bis 1914.

Hat sich der Unfall nach dem 30. Juni 1914, aber vor dem 1. Juli 1924 ereignet, so gelten als Jahresarbeitsverdienst festzusetzende Durchschnittssätze. Doch kann der Ge-

nosenschaftsvorstand bei allen Unfällen, die sich vor dem 1. Juli 1924 ereignet haben, in der Weise vorgehen, daß der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes der Reichtumsbeitrag des Jahresarbeitsverdienstes zugrunde gelegt wird, den gleichartige, in der Erwerbsfähigkeit nicht beschränkte Versicherte zur Zeit des Unfallereignisses das neue Gehalt verdienen.

Bei Unfällen aus der Zeit nach dem 30. Juni 1924, aber vor dem 1. Juli 1925 wird der Jahresarbeitsverdienst durch Vervielfachung der betriebsüblichen Zahl von Arbeitstagen im Jahre mit dem Reichtumsbeitrag berechnet, den der Versicherte während der Beschäftigung im Betriebe nach dem 30. Juni 1924, aber vor dem Unfall durchschnittlich für den vollen Arbeitsdag bezogen hat. Dabei gelten eine Billion Mark und eine Rentenmark gleich einer Reichsmark.

Ueber den Wegfall der bisherigen Leistungen an Renten, Zulagen und Sonderzulagen und über die Feststellung der neuen Leistungen auf Grund des neuen Gesetzes ist ein Bescheid zu erlassen, der der Ansetzung im Rechtsmittelswege unterliegt.

Die Bestimmungen über die Abfindungen gelten auch für die alten Renten. Ohne Zustimmung des Verletzten dürfen, was betont sei, nur geringprozentige Renten abgefunden werden. Bei Renten bis zu 25 vom Hundert bedarf es der Zustimmung des Verletzten. ck. im „Maier“.

## Neue Leistungen und Beitragssätze in der Angestellten- und Invalidenversicherung.

Durch Reichsgesetz vom 28. Juli (RGBl. I. S. 157 ff.) sind vom 1. Juli an folgende Änderungen eingetreten:

### I. Angestelltenversicherung.

Die für die Versicherungspflicht festgesetzte Altersgrenze von 60 Jahren gilt dann nicht mehr, wenn invalidenversicherungspflichtige Arbeitnehmer zu einer angestelltenversicherungspflichtigen Beschäftigung übertritten.

Zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) sind jetzt alle Angestellten berechtigt, auch wenn ihr Jahresentgelt die Pflichtversicherungsgrenze von 6000 Mk. übersteigt.

Der Grundbetrag des jährlichen Ruhegeldes beträgt 480 Mk., die Steigerungssätze sind auf 15 Proz. der seit dem 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge festgesetzt. Für jedes Kind (auch uneheliche) unter 18 Jahren erhöht sich das Ruhegeld um jährlich 90 Mk.

Vom 1. September ab sind nämlich folgende Gehalts- und Beitragsklassen gebildet worden:

Klasse A	bis zu 60 Mk. monatlich	2 Mk. Beitrag
B	nicht mehr als 60	100
C	60	200
D	200	300
E	300	400
F	400	500
G	500	600
H	nur für freiwillige Versicherung	700

für Versicherte bis zu 50 Mk. Monatsentlohn und für Beihilfe muß der Arbeitgeber die vollen Beiträge zahlen.

Die freiwillige Weiterversicherung ist nicht unter der Gehaltsklasse zulässig, die dem Durchschnitt der letzten vier (früher sechs) Pflichtbeiträge entspricht. Bei Selbstversicherung (§ 22 WBG.) sind die Beiträge mindestens in der dem Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse zu entrichten. Für halbvollversicherte hat der Arbeitgeber die Beiträge, die dem halben Jahresverdienst entsprechen, zu leisten. Angestellte, die bei Eintritt der versicherungspflichtigen Beschäftigung das 55. Jahr vollendet haben, werden auf Antrag von der Pflicht befreit, wenn ihnen die Abkürzung der Wartezeit nicht gestattet wird. Vom 1. Januar 1913 bis 31. Dezember 1928 genügen zur Erfüllung der Wartezeit bei Hinterbliebenenrenten 60 Beitragsmarken auf Grund der Versicherungspflicht. Diese Vorschrift gilt auch für Neupflichter in den ersten 15 Jahren seit Heraushebung der Jahresarbeitsverdienstgrenze.

### II. Invalidenversicherung.

Ab 1. August beträgt der Grundbetrag der Invalidenrente 168 Mk., die Steigerungssätze 20 Proz. der entrichteten Beiträge. Der Hinterbliebenenbeitrag ebenfalls ist Kind 90 Mk. jährlich. Für Versicherte, deren Wochenlohn 6 Mk. nicht übersteigt und für Beihilfe entrichtet der Arbeitgeber den vollen Beitrag. Vom 28. September an gelten folgende Lohn- und Beitragsklassen:

Klasse 1	bis zu 6 Mk. wöchentlich	35 Pf. Beitrag
2	nicht mehr als 6	12
3	6	18
4	12	24
5	18	30
6	24	36

Bei Selbstversicherung und Weiterversicherung sind Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der II. Klasse zu entrichten.

## Aus den Zahlstellen.

Bremen. An Anwesenheit unseres Gauleiters Hermann Dohle-Samberg, fand am 3. September eine leider nur mäßig besuchte Mitgliederversammlung statt. Nach kurzen Begrüßungsworten an den Gauleiter gibt Vorsitzender Pünjner ernste Hinweise auf die nunmehr in Kraft getretene Krankenunterstützung. Letztere rein gewerkschaftlich als notwendiges Uebel bezeichnet, warnt Redner, in dieser Hinsicht feinen allzu großen Optimismus aufkommen zu lassen, da der Hauptkassenzweck immer wieder die Schaffung und Wahrung eines Kampffonds sein und bleiben müsse. Als greifbarer Beweis wurde der harte Kampf der Schriftgelehrten angeführt, dessen Durchführung zum größten Teil von unserem Verbande bestritten werde. Ein für außerordentliche Unterstützung zu diesem Zwecke der Drastik entnommener Betrag wird von der Veranlagung beigegeben. Verschiedene Beschwerden über angeblich zu hohe Klassifizierung bei der letzten Beitragserhöhung haben wohl durch die Bekanntmachung in der „Solidarität Nr. 34“ ihre Erledigung gefunden. — Sodann nahm Kollege Dohle das Wort zu einem einstündigen Referat über „tarifliche und über tarifliche Bezahlung im Druckgewerbe“.

Ausgehend von der allgemein anerkannten Tarifnotwendigkeit, ließ Redner den Anteil der einzelnen graphischen Berufsgruppen an derselben Revue passieren.

Der Bericht über den Verlauf und Stand der Schriftgießereibewegung nahm hierbei einen besonderen Raum ein. — Mit besonderem Interesse wurde das Drängen nach end-

gültiger Tarifgemeinschaft im Steinbruch festgelegt. In diesem Zusammenhang kam der Redner auf das unerlöschliche Thema „Industrieverband“ zu sprechen und glaubt, daß die vom Bundesausführer herausgegebenen Richtlinien wohl ein gegebener Weg seien; er betont, daß nur durch feste Verbindung der Gruppen ein gezieltes Gelingen entstehen könne. Wenn dieses z. B. wie in Hamburg auch in anderen Zahlstellen Eingang gefunden hätte, sei der Schritt zum Industrieverband nur noch ein formeller. Zurückgreifend auf das Tarifthema schloß Redner die augenblicklich allgemein wirtschaftlichen Verhältnisse und kommt zu dem Schluß, daß dieselben auch unsere Verhältnisse unheilbar gemacht haben. Mit einer dringenden Warnung an die Mitglieder, den Gegenstand der Unternehmer nicht unbeachtet zu lassen, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion befaßt sich Kollege Pünjner mit den verschiedenen Punkten in drölicher Beleuchtung. Wenn auch die von der Gauleitung angelegten Vorschlagsbogen gewissenhaft beantwortet werden sollen, so ist im voraus zu sagen, daß eine über tarifliche Bezahlung, wie sie bei den Gehältern beider Gruppen üblich sei, für das Hilfspersonal nur eine ganz minimale sei. Die übrigen Forderungen an Ferien, sanitären Einrichtungen usw. verdienen besondere Beachtung. Letztere seien besonders für unsere Kolleginnen zu fordern, da infolge technischer Vergrößerungen, verbunden mit Personalvermehrung die rein räumlichen Vergrößerungen meistens unterblieben sind, und somit eine Überfüllung der hierfür in Frage kommenden Räume stattgefunden hat. Nach dem Schlußwort des Gauleiters wurde einer Resolution zugestimmt, welche nach jeder Hinsicht eine Tarifrevision fordert. Unter Verschönerung gibt Kollege Pünjner bekannt, daß der Ortsausfluß des WBG. eine Zusammenfassung der gesamten graphischen Jugend in die Wege geleitet hat und fordert die Anwesenden auf, dieser guten Sache die größtmögliche Beachtung zu widmen. Kollegin Langhört erklärt sich bereit, unsererseits die Sache in die Hand zu nehmen. Hiermit fand die interessante verlaufene Versammlung ihr Ende.

Dresden. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung im Hofsaal sprach am 26. August die in unseren Mitgliedertreuen wegen ihrer volkstümlichen Vortragweise sehr geschätzte Genossin Freund über „Wirtschaftliche Beiträge“. Sie befaßte sich in ihrem Referat besonders mit den neuen Zoll- und Steuergeboten. Ausgehend von der jetzt einfindenden Krise im Wirtschaftsleben und der Auswirkung der neuen Gebote auf die Arbeiterklasse, zeigte sie an interessanten Beispielen die ungeheuren Belastungen des Arbeiterhaushaltes. Nur durch eine rigorose Vergrößerung der Arbeiterbeiträge im Reichstag konnten diese Gebote zur Tat werden. Gleichzeitig beehrte die Vortragende die Aufwertungssätze, und auch hier zeigte sie sich, daß eine gerechte Aufwertung im Sinne des Volkes nicht vorgenommen worden ist. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtundtag durch die deutsche Regierung rückt immer mehr in weite Ferne. Bei all diesen Geschehnissen müßte man glauben, daß die Arbeiterklasse endlich mit offenen Augen sehen lernt, aber leider trifft man in ihren eigenen Reihen Gleichgültigkeit diesen Dingen gegenüber und sucht die Folgen dieser Handlungsweise in kurzfristiger Weise auf ihre eigenen Organisationen abzumäßen. Rednerin ruft gerade unseren weiblichen Mitgliedern die letzte Reichstagswahl ins Gedächtnis, gerade sie sind es gewesen, die gewollt und ungewollt die Verhältnisse mitgeschaffen haben, entweder durch Wahlenthaltung oder Abgabe eines falschen Stimmzettels, trotz größter Auffklärungsarbeit in ihren Reihen. Sie fordert am Schluß ihrer Ausführungen die Versammelten auf, sich nicht im Betrieb mit persönlichen und kleinsten Dingen zu beschäftigen, sondern täglich zehn Minuten der politischen Unterlegung und der Agitation zu widmen. Die Aufmerksamkeit während des Vortrages und der Beifall am Ende desselben bewies, daß die Genossin Freund das Richtige getroffen hatte. In der Aussprache, an der sich die Kollegen Mierisch, Wegmann und Herrmann beteiligten, hob besonders der Kollege Herrmann die Rücksichtslosigkeit der regierenden Kreise hervor, streifte die Willkür der Unternehmerklasse, die Streiks, Aussperrungen der letzten Zeit und schloß seine Ausführungen mit einem flammenden Appell an die Anwesenden, sich an allen aufklärerischen Veranstaltungen zu beteiligen, ihre Organisation hochzuhalten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, dann wird es uns gemeinsam gelingen, alle Anstrengungen der Unternehmer und der Gegner zunichte zu machen. Unter Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Herrmann einen übersichtlichen Bericht über die Vorkommnisse des letzten Vierteljahres. Zunächst gedachte er der verstorbenen Mitglieder, zu deren Ehre sich die Anwesenden in den Plänen erboten. Auch im vergangenen Vierteljahr konnte viel erprobte Arbeit im Interesse der Kollegenschaft geleistet werden. Die Veranlagungsstärke war eine reichliche, es fanden statt: 3 Bewerksamungen, 4 Vertrauenspersonensamungen, 5 Mitgliederversamungen im Buch- und Steinbruch, 2 Gewerkschaftsversammlungen, 6 verschiedene Sitzungen, Gattung, 4 Vorparaden und 2 Gewerkschaftssamungen.

Der nun folgende Kassenbericht, den der Kollege Tauer gab, zeigte folgendes Bild. (Zur besseren Orientierung der Mitglieder war dieser auch diesmal im Mittelungsblatt veröffentlicht worden.) Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 15 734,90 Mk., die der Ortskasse 4719,04 Mk., in Summa 20 453,94 Mk. Die Ausgaben der Hauptkasse 2218,53 Mk., der Ortskasse 2544,51 Mk., in Summa 4763,04 Mk. In der Hauptkasse wurden überwiesen 13 516,27 Mk. Der Kassenbestand der Ortskasse betrug am Ende des 2. Quartals 4407,43 Mk. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 2009 auf 2139 Mitglieder. Arbeitslos waren 21 männliche mit 147 Wochen, 58 weibliche mit 232 Wochen, in Summa 79 Mitglieder mit 879 Wochen. Krank gemeldet wurden 19 männliche mit 152 Wochen, 76 weibliche mit 535 Wochen, in Summa 95 Mitglieder mit 537 Wochen.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich am Schluß des 2. Quartals besonders verschlechtert. Redner erwähnt die Anwesenden, ihren Verpflichtungen der Organisation gegenüber pünktlich nachzukommen, damit sie bei eintretender Arbeitslosigkeit oder Krankheit nicht durch Beitragsreste ihre Unterstützung verlieren. Im übrigen können wir auch mit diesem Quartalsabschluß zufrieden sein, da die Marktentnahme pro Mitglied und Woche 12 Beiträge ergeben hat.

Ein Antrag des Neujahrskomitees, Kollegen Thürafach, auf Entlastung des Kassierers, wird einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag der Ortsverwaltung, zugunsten der freien Schriftgießereibewegung 500 Mk. Beihilfe aus der Ortskasse dem Hauptkassierer zur Auszahlung zu überweisen.

Unter Punkt „Beiratswahl“ wurde der Kollege Arthur Franz als Kandidat und der Kollege Müller als Ersatzmann einstimmig gewählt.

Unter „Gewerkschaftliches“ wies der Kollege Herrmann auf die am 20. September stattfindende Dampferfahrt nach Meisen hin und erludte die Anwesenden, für eine rege Beteiligung Sorge zu tragen.

Hannover. In der am 1. September stattgefundenen Mitgliederversammlung gab nach einigen geschäftlichen Mitteilungen Kollege Wambacher den Kassenbericht, der in Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse 7223,00 Mkt. ergab. Abgeführt an die Hauptkasse wurden 5482 Mkt. Die Einnahme der Ortskasse einschließlich Kassenbestand betrug 2108,65 Mkt., der eine Ausgabe von 1012,08 Mkt. gegenübersteht. Der Kassenbestand der Ortskasse erhöhte sich von 648 Mkt. auf 1096 Mkt. Wenn auch die Situation infolge der Ausfallstellen noch eine große sei, ist doch eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Um den Restanzenplan nach Möglichkeit zu befeitigen, sei eine durchgreifende, regelmäßige Buchkontrolle unbedingt erforderlich. Schon deshalb, weil bei Unterhaltungsansprüchen der Mitglieder diejenigen her ausgingen, die ihre Beitragspflicht nicht erfüllt haben. Ein Zeichen des guten Geschäftsganges im graphischen Gewerbe sei die äußerst geringe Ausgabe für Arbeitslose. Ein Antrag auf Entlassung des Kassierers wurde einstimmig angenommen.

Zu dem Streit der Schriftgießereiarbeiter führte Kollege Spatz auf, daß diese Gruppe des graphischen Gewerbes vor dem Kriege eine Sonderorganisation hatte und sich nach Beendigung desselben unsern Verbänden angeschlossen haben, soweit das Hilfspersonal in Betracht kommt. Da sie selbst organisiert sind, bildet diese Gruppe ein kräftiges Glied unseres Verbandes. Redner schildert dann in eingehender Weise den Ausbruch und die Entwicklung des Lohnstreits, der schließlich durch die scharfmacherische Stellung einiger maßgebender Firmen der Branche zum Streit führte und nun bereits 8 Wochen dauert. Trotz der Langwierigkeit des Kampfes stehen die Streikenden noch ebenso fest zusammen wie am ersten Tage. Daran ändert auch das strapaziöse Bemühen der Schriftgießereibetriebe nichts, die durch Streikbrecher aus anderen Berufen die Arbeiterkraft zu Boden zwingen wollen, aber bisher nur schiefliche damit erzielten. Eine Niederlage der Schriftgießereiarbeiter würde unzweifelhaft auch für die Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe ein Ansporn sein, es diesen Scharfmachern gleichzutun und alle noch zu berechtigten Forderungen der graphischen Arbeiterkraft abzulehnen. Das müsse mit allen Mitteln verhindert werden. Der Hauptvorwand habe durch Erhöhung der Unterhaltungsätze für die Streikenden sein möglichstes getan. „Jetzt müssen die Ortsvereine ein übriges tun, um durch Eigenunterstützungen kämpfenden Kollegen zu zeigen, daß Solidarität kein leeres Wort bei uns sei. Der Vorstand der Zahlstelle Hannover, der zugleich auch den Gauvorstand bildet, habe in seiner letzten Sitzung beschloffen, aus der Ortskasse den Betrag von 500 Mkt. und aus der Kassette 250 Mkt. für die Streikenden zu überweisen. Da schnelle Hilfe doppelte Hilfe sei, war es nicht möglich, der Versammlung vorher den Beschluß des Vorstandes zu unterbreiten. Er erfolgte deshalb die Mitglieder, nachträglich ihre Zustimmung zu diesem Wert der Solidarität zu geben. Bei der darüber vorgenommenen Abstimmung wurde der Beschluß einstimmig gutgeheißen. Kollege Wambacher spricht dann über die Lage im graphischen Gewerbe und führt aus, daß es notwendig sei, klar zu sehen, um bei den schwankenden, wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich manchmal über Nacht ändern, nicht unvorbereitet zu sein. Es sei aber zunächst erforderlich, die wirtschaftliche Umwelt dabei mit in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen, weil das graphische Gewerbe schließlich auch nur ein Teil der deutschen Wirtschaft sei, deren günstige oder ungünstige Lage auch ihren Einfluß auf dieses ausübe. Dabei müsse vor allem auf Erscheinungen hingewiesen werden, die in der kapitalistischen Welt große Erschütterungen hervorgerufen haben und wobei die Arbeiterkraft, wie immer, die Hauptleidtragende ist. In den beiden Schlüsselindustrien Kohle und Eisen ist die Wirtschaftslage keine günstige. Die Kohlenkrise, hervorgerufen und verstärkt durch Überproduktion und Einführung anderer Heizstoffe, z. B. Öl und Braunkohle, habe zur Stilllegung vieler Gruben geführt, wodurch tausende von Bergarbeitern arbeitslos wurden und in andere Berufe übergehen müssen. Der Zusammenbruch des kapitalistischen Mamutgebäudes der Firma Stinnes zog eine Reihe Unternehmungen mit in den Abgrund und schwächte die Kreditkraft vieler Unternehmungen ganz erheblich. Sahen doch alle Antimarktsen zu diesem „Selbstmord“ (aus eigener Kraft) wie zu einem Gott empor und der Sturz dieses Wirtschaftskolosse, der wie ein Wampyr alles an sich saugte, mußte verwerrend auf die kapitalistischen Kreise wirken. Tiefenhafte Wirtschaftskämpfe sind in Vorbereitung oder bereits durch Ausperrung oder Streiks eröffnet, die eine Anpassung des Lohnes an die Preise bezwecken oder der Wiedereroberung des Lohnstandes gelten. So in der Textilbranche, den Eisenbahnen, Tabakarbeitern und im Baugewerbe. Wir wissen, daß im Baugewerbe in zwölfter Stunde noch eine Einigung zu erreichen war. Der Wiederaufbau der Wirtschaft und die Konstruktivfähigkeit auf dem Weltmarkt ist die Parole aller Arbeitgeber. Gleich nach der Inflation war das Geldgebot dieser Kreise: „Los vom Tarifvertrag, los vom Lohnkontingent!“ Die deutsche Arbeitgeberzeitung schrieb in der Nummer vom 6. 1. 24: „Vor allem hindern die Tarifverträge die individuelle Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen.“ Und am 22. 6. 24 schreibt diese Zeitung: „Die Gewerkschaften müssen wieder dorthin anfangen, wo sie vor 50 Jahren angefangen haben. Es muß der Gedanke der Tarifgemeinschaft bewußt verlassen werden! Wir müssen uns bewußt lösen von jeder Arbeitermergerorganisation!“ In Zeiten waren für diese Bestrebungen recht günstig. Ein großer Teil der Arbeiterkraft war eifrig damit beschäftigt, die Organisationen zu zerreißten und hatten keine Zeit, sich um andere Dinge zu kümmern. Es ist deshalb auch möglich gewesen, einer Anzahl von Berufen den Lohnkontingent zu nehmen und die Arbeitszeit erheblich zu verlängern. Am wenigsten gelitten haben jene Berufe, deren Organisation rechtzeitig die schlimmsten Störfriede herauswarf und darum nur wenig Mitgliederverluste zu verzeichnen hatten. Auch wir konnten uns wieder schnell erholen, weil eine gute Konjunktur einsetzte, die außer dem erwähnten Umfang den lieben „Freunden“ von links das Konzept verdrängte. Eine größere Anzahl von Kolleginnen und Kollegen konnte sich überläufige Zulagen verschaffen, die vollständig berechtigt waren im Hinblick auf die vielen Lieberfunden und die ge-

lundheitlichen Schäden, die durch diese Ausnutzung hervorgerufen sind. Daß der Prinzipalsorganisation die überläufige Bezahlung ein Greuel ist, hat der Beschluß des Chemnitzer Bezirksvereins der Prinzipale gezeigt, die durch einen Versammlungsbeschluß ganz einfach die in der Reichsverfassung festgelegte Freigabe beseitigen wollte und allen Sündern in ihren Reihen mit schweren Geldstrafen zu Leibe rückt. Mittlerweile hat es den Anschein, als ob die Konjunktur ihren Höhepunkt erreicht habe, da Kündigungen, Kurzarbeit und Einstellung der Doppelschichten sich da und dort bemerkbar machen. Inwiefern dabei tatsächliche Wandlungen oder besondere Verhältnisse von Einzelbetrieben zugrunde liegen, läßt sich ohne weiteres nicht sagen.

Wir müssen nun auch die politische Situation etwas beleuchten, soweit diese mit der wirtschaftlichen Situation in engem Zusammenhange steht. Bekanntlich hatte die Arbeiterkraft zum großen Teil im monarchistischen Staat nicht die Möglichkeit, die Gesetzgebung so zu beeinflussen, wie es ihrem Willen entsprach. Männer unter 25 Jahren und die ganze weibliche Bevölkerung hatten kein Wahlrecht. In der parlamentarisch regierten Republik bestimmten also wohlhabende männlichen und weiblichen Staatsbürger darüber, wie regiert werden soll. Es ist also nicht die Schuld der Kapitalisten, wenn gegen die Arbeiter Gesetze beschlossen werden, sondern diejenigen Kreise der erwerbsfähigen Bevölkerung, die ihre eigenen Verdräcker am 7. Dezember gewählt haben. Ob dieses nun aus Unkenntnis, Leichtsinne oder Dummheit geschehen ist, spielt jetzt bei der Auswirkung dieser Tatsache keine Rolle. Die Folgen zeigen sich bereits in erschreckender Weise. Durch die Protokolle wird der Arbeiterausfall schwer belastet; die Lohnsteuer ist so gesteuert, daß die höheren Einkommen viel weniger getroffen werden, als die niederen und fast alle Beschäftigten des Reichstages zeigen das Signum der arbeitereindlichen, kapitalistischen Mehrheit. Die Aufhebung des Stillschließes und andere Verschlechterungen der sozialen Fürsorge zeigen den volksfeindlichen Charakter dieser Kreise, die sich vor den Wahlen als die Retter des Vaterlandes angepriesen haben. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß auch „Verbesserungen“ von dieser Seite erfolgten oder in Aussicht gestellt wurden. So ist die Weinsteuern auf 15 Proz. ermäßigt und außerdem eine allgemeine Preisobergrenze am 1. Oktober in Aussicht gestellt. Wer dieses nicht glaubt, bezahle einen Taler. Dabei klingt es wie blutiger Hohn, wenn in der Prinzipalszeitung Nr. 68 die Schuld an der hohen Preislage des Fleisches auf den großen Verbrauch durch die Arbeiter an Kotelets und Schnitzel zurückgeführt wird, weil die übrigen Teile des Tieres nur zu Verlustpreisen zu verkaufen sind. Dabei sind große Vorkasse gar nicht oder selten in der Lage, Fleisch zu kaufen, weil der Preis für sie unerschwinglich ist. Alle gewerkschaftlichen Warnungen vor dem Lohnwucher wurden von der Reichsregierung und der arbeitereindlichen Mehrheit des Reichstages in den Wind geschlagen. Unter keinen Umständen soll aber ein höherer Lohn bezahlt werden, weil die deutsche Industrie sonst nicht mehr konkurrenzfähig ist. Die Prinzipalszeitung geht sogar noch weiter und behauptet allen Ernstes, daß die Lohnverhöhung am 30. Mai bereits als Teuerungsvorfall gegeben sei. Eine neue Inflation wird bei Lohnforderungen der Arbeiter immer als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Wenn es sich um Preisverhöhung ihrer eigenen Produkte oder um Zölle und andere Zumeidungen für ihre politischen Freunde handelt, zeigen sie nicht die geringste Furcht von einer neuen Inflation. Für uns kann es bei dieser Sachlage nur eine Parole geben: Wenn wir dieser ganzen schwierigen Situation gewachsen sein wollen, müssen wir nicht nur innerlich unsere Organisation festigen und ausbauen, sondern auch den letzten Unorganisierten aus seinem Schlafwandel herauswachen. Dann werden auch bei den kommenden Wirtschaftskämpfen solche Erfolge erzielt, die jedem einzelnen unter uns und der gesamten graphischen Hilfsarbeiterkraft zum Vorteil sind.

Herford. Nachdem nach mehrmaligen Verhandlungen keine Einigung mit den Unternehmern zu erzielen war, hatte am 15. September der Schlichtungsausschuß, welcher von der Arbeiterkraft angerufen worden war, seine Entscheidung zu fällen, zu der die Kollegschaft in der am Abend stattgefundenen Versammlung Stellung zu nehmen hatte.

Kollege Spatz schilderte den Verlauf der drei vorhergegangenen Verhandlungen und besprach die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um überhaupt den Mantelkass abzugeben. Alle Versuche, den Reichstaxi zur Einführung zu bringen, sind an dem starren Widerstand der Arbeitgeber, die unter allen Umständen die neunstündige Arbeitszeit beibehalten wollten, gescheitert. An Lohnverhöhung dachten sie überhaupt nicht. Um aber der Kollegschaft auch Vorteile im Lohnverhältnis bringen zu können, gingen wir auf die 51stündige Arbeitszeit nach dem üblichen Lohn ein, während die andern Stunden mit 15 Proz. Zuschlag bezahlt werden müssen. Die Unternehmer boten dann an Lohnverhöhung für die verheirateten Männlichen 3 Pf. die Stunde, während alles übrige Personal leer ausgehen sollte. Alle Versuche, für alle eine Erhöhung zu bekommen, waren erfolglos. Es blieb also nichts anderes übrig, als die Verhandlung abzubrechen und den Schlichtungsausschuß anzurufen, um auch den Arbeitgebern zu zeigen, daß wir alle Versuche gemacht haben, einen Abbruch ohne Streit herbeizuführen. Der Schlichtungsausschuß hat nach ziemlich lebhafter Aussprache, da keine Einigung seitens der Parteien zu erzielen war, folgenden Schiedsspruch gefällt: „Der Lohn wird ab laufender Woche in der Spitze bei den Männern um 6,05 Proz. von 66 auf 70 Pf. erhöht und bei den Weiblichen um 5,6 Proz. von 39,3 auf 41,5 Pf. auf die Dauer bis 1. November 1925 erhöht.“

Hierauf erläuterte Kollege Spatz nunmehr den abgehandelten Mantelkass sowie die Auswirkung der Löhne nach dem Schiedsspruch. Danach kommen nach dem Mantelkass folgende Vorteile in Frage: Zunächst ist es gelungen, von der 51stündigen Arbeitszeit loszukommen, da die Weiblichen jetzt mit 15 Proz. Zuschlag bezahlt werden müssen. Außerdem ist der Himmelfahrtstag noch als Feiertag erungen worden. Die Ferien betragen 6 Tage, außerdem wird gegenüber dem alten Tarif noch wesentliche Verbesserungen in den einzelnen Bestimmungen eintreten. Die Löhne sind durch den Schiedsspruch bei den männlichen in der Spitze um 4 Pf. und bei den weiblichen in der Spitze um 2,2 Pf. pro Stunde erhöht worden. Damit haben wir die Löhne der weiblichen von über 16 Jahre über den Reichstaxi gebracht, während bei den Männern der Reichstaxi noch nicht ganz erreicht ist. Wenn wir berechnen, daß nur

zirka 20 männliche aber 120 weibliche beschäftigt werden, so ist das immer noch ein guter Erfolg. Hoffentlich gelingt es das nächste Mal, auch die Männerlöhne auf die richtige Höhe zu bringen. Das muß unser nächstes Ziel sein. Darum erludte der Redner die Kollegschaft, dem Abbruch ihre Zustimmung zu geben. Nach reger Aussprache fand dann auch der Schiedsspruch Annahme. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Spatz wurde die Versammlung geschlossen.

## Rundschau.

Eine Studienreise deutscher Gewerkschafter nach Amerika. (J.G.B.) In nächster Zeit wird sich eine größere Delegation der deutschen Gewerkschaften, die sich aus zwei Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Verbände der Bergarbeiter, Eisenbahner, Holzarbeiter und des Verkehrsverbundes sowie je einem Vertreter des A.D.G.B., der Arbeiter und der Verbände der Bekleidungsarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter und Lebensmittel- und Getränkearbeiter zusammensetzt, nach Amerika begeben, um auf einer mehrmonatigen Reise die amerikanischen Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse zu studieren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Delegation auch den am 5. Oktober in Atlantic City abzunehmenden Kongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes besuchen wird.

Die Krankenziffern steigen! Das Jahr 1924 ist für die Krankentafeln als ein ungünstiges bezeichnet worden. Die Verhältnisse bei den Kassen haben sich aber im Jahre 1925 noch wesentlich verschlechtert. Seit Monaten ist ein dauerndes Steigen der Krankenziffern zu verzeichnen. Während statistische Erhebungen ergaben, daß am 1. Januar 1925 der Prozentsatz der Arbeitsunfähigen zur Mitgliederzahl durchschnittlich 3,60 Prozent betrug, ist festgestellt, daß sich das Prozentverhältnis am 1. September 1925 auf 4,22 Prozent erhöht hat. Diese Vorgänge müssen mit ernstster Aufmerksamkeit verfolgt werden. Die Befürchtung eines Teiles der Krankentafeln, daß sie bei weiterem Steigen der Krankenziffern die Leistungen abbauen müssen, ist nicht mehr unbegründet. Bei erhöhtem Krankenstand steigen ohne weiteres die Ausgaben für ärztliche Behandlung, für Arznei und Krankengeld, außerdem sinken die Einnahmen, da die Arbeitsunfähigen beitragsfrei sind. Es gilt der Frage nachzugehen, wodurch das Steigen der Krankenziffern bedingt wird. Allgemein kann wohl gesagt werden, daß in erster Linie die wirtschaftlichen Verhältnisse Ursache sind. Die durch Arbeitslosigkeit, Streits und Aussperrung in der Ausübung ihrer Berufsarbeit behinderten Werktätigen werden verurteilt, den entgehenden Arbeitsverdienst wenigstens zum Teil durch Bezug von Krankentafelentlohn auszugleichen. Die Kassenverhältnisse verschlechtern deshalb alles, um die Versicherten über die Schädlichkeit solchen Verhaltens aufzuklären und die Organe der Kassen warnen dringend vor den Folgen, die unberechtigte Inanspruchnahme der Kassenleistungen nach sich ziehen müssen.

Wenn berücksichtigt wird, in welchem Ausmaß die Leistungen bei den Krankentafeln ausgebaut worden sind und wenn weiter beachtet wird, daß die Preissteigerungen nur aufrecht erhalten bleiben können, wenn die Krankentafeln von Finanzstrafen, die auch durch erhöhten Krankenstand herbeigeführt werden können, verschont bleiben, so müssen die Versicherten selbst zur Ueberzeugung kommen, daß es in ihrem Interesse liegt, die Krankentafeln nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn es unbedingt erforderlich ist.

Teuerungsinde. Die Preise steigen weiter. Die Reichsindezziffer für die gesamten Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Beleuchtung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats August auf 145,0 gegen 143,3 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 1,2 Proz. erhöht. Die Steigerung ist vor allem auf die Erhöhung der Wohnungsmieten zurückzuführen; bei den Ernährungsausgaben wurden Preissteigerungen von Fleisch, Butter, Milch und Eiern teilweise durch Verringerung von Gemüse und Kartoffeln ausgeglichen. Die Steigerung des Lebenshaltungsinde zeigt folgendes Bild:

	(1913 = 100)	St. Bm.
Steigerung	Abnahme	
Februar	135,6	
März	136,0	+ 0,4
April	136,7	+ 0,7
Mai	135,5	- 1,2
Juni	138,3	+ 2,8
Juli	143,3	+ 5,0
August	145,0	+ 1,7

Gesamterhöhung seit Februar + 9,4

## Literatur.

Der Krieg im Jahre 1930. Eine Schilderung seines wirtschaftlichen Verlaufes. Von Generalmajor a. D. v. Schenck. 50 Pf. und 5 Pf. Porto. Verlag der neuen Gesellschaft, Berlin. Der Verfasser hat in diesem Titel versucht, ein für die Massen verständliches Bild des Krieges zu geben, das aus dem wirtschaftlichen Standpunkt herausgeht. Der Verfasser ist ein Generalmajor a. D. und hat während des Krieges in der Front gedient. Er hat die Erfahrungen gemacht, die er in diesem Buche wiedergeben will, und er hat auch die Erfahrungen gemacht, die er in diesem Buche wiedergeben will. Er hat die Erfahrungen gemacht, die er in diesem Buche wiedergeben will. Er hat die Erfahrungen gemacht, die er in diesem Buche wiedergeben will.

Für die Woche vom 28. September bis 3. Oktober ist die Beitragsmarke in das mit 40 bezeichnende Feld des Mitgliedsbuchs oder der Karte zu kleben.

Unserem lieben Kollegen Gustav Nolte sowie unserer lieben Kollegin Edith Müller zu ihrer Vermählung noch nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Vieweg, Zahlstelle Braunschweig.

Unserer lieben Kollegin Frieda Rischel in Fa. Graf, Barth und Comp. nebst ihrem Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Breslau.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg, Westfälische 16. Fernruf: Amt Westend 1325. - Verlag: D. Rohdick, Charlottenburg. - Druck: Schmidt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.